№ 7. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf. innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Corpus-Zeile 6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler. Görlitz, Dinstag den 15. Januar 1850. Verlag von G. Heinze & Comp.

Wie bessert man das Volk?

(Für unsere lieben Leser auf dem Lande bestimmt.)

Je besser der Staat und seine Gesetze, desto besser das Volk; das lehrt schon die Erfahrung aller Zeiten einem, wenn auch nur oberflächlichen Beobachter. Wer aber etwas tiefer und auf den Grund sieht und die Sache näher anschaut, kehrt den Handschuh um und findet in derselben denselben Satz umgekehrt: Je besser das Volk, desto besser der Staat. Was beweiset dies Widerspiel? daß eben Staat und Volk, und Volk und Staat in engster Wechselbeziehung und gegenseitiger Einwirkung auf einander stehen. Krankt das Eine, siecht der Andere mit. Beide verhalten sich zu einander wie Leib und Seele; das Volk ist die Masse, der Körper; der Staat der Geist oder die Begriffsbestimmung des Ganzen, welche namentlich in den Gesetzen des Staates enthalten ist. Schleichen sich in diese allgemeinen Begriffe fehlerhafte, krankhafte Richtungen ein, so wird und heißt der Staat krank, und zwar wird und ist er nicht allein krank, sondern auch das Volk kränkelt mit; und kränkelt das Volk an verkehrten Theorien und Lehrsätzen, so leidet auch der Staat darunter; sein auf Alle Bildung verbreitender Einfluß wird gehemmt, gestört und am Ende wird er selbst krankhaft verändert (alterirt).

Wo hat man nun in einem solchen Falle mit der nöthigen Besserung anzufangen? d. h. worauf hat in einem solchen Falle der Einzelne, der sich um seinetwillen und zu Anderer Besten nach Besserung nicht blos sehnt und seufzt, sondern selbst mit Hand an's gute Werk zu legen denkt, um einen besseren Zustand anzustreben und herbeizuführen, — worauf hat ein Solcher sein Augenmerk zunächst zu richten? — Staat und Gesetzgebung (denn das ist hier in diesem Falle immer Ein und dasselbe) hat man nun gesagt, kann in gegenwärtiger Zeit ohne Gefahr und unmittelbar (wirksam) nur Eines, nämlich die Gesellschaft, von innen heraus und vom Kleinsten anfangend, bessern und umgestalten. — Das hat Einer gesagt und geschrieben, der populär (volks- oder sprachverständlich, volksthümlich wäre ganz etwas Anderes) reden wollte und mit seiner Schrift einen ansehnlichen Preis verdient hat.*) Fragt Euch nun, lieben Leser, ob Euch die gesperrt gedruckten Worte auch deutlich, ob sie wirklich populär sind?

Was heißt denn aber hier von innen heraus? — Nun, von dem Theile der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft aus, der in Bezug auf Sittlichkeit und Wahrheit des Erkenntnisses den Kern des Volkes bildet (denn der Apfel fängt immer zuerst an der Außenseite zu faulen an). Wer also als ein Solcher zu betrachten ist, der zunächst die meiste Erfahrung besitzt, wie das Ding am sichersten anzugreifen ist, der wird auch allezeit am Besten auf Andere wirken können. Mit anderen Worten also, von dem Theile der Gesellschaft aus, welcher der anerkannt sittlich bessere ist, ob reich oder arm, das bleibt sich hier völlig gleich, von dem muß natürlich die Besserung ausgehen und angestrebt werden, denn der Kranke kann sich nicht selber helfen, dazu braucht er einen erfahrenen Arzt, der ihm wohlwollend zur Seite steht; will er es aber doch eigensinnig selbst probiren und sich eigennützig, wie das meist zugleich mit in's Spiel kommt, selbst curiren, so bleibt es eitel Quacksalberei, und der Kranke wird im Leben nicht völlig gesund.

Wer ist denn aber der sogenannte Kleinste? von dem zu allererst angefangen werden soll? — Das ist eben der moralisch Schwächste, der in's Elend Gerathene, entweder der durch seinen Leichtsinn und seine jugendliche Unreife, oder auch der durch Uebermuth und langgepflegtes Verderbniß seines reiferen Alters anscheinend unheilbar Ueberreife. Unreifes oder überreifes, hartes oder faules Obst taugt Beides nicht viel zum Besten der Leute und verspricht für Küche und Haus nur wenig Nutzen.

Wie fängt man es denn aber an, um Andere zu bessern? oder doch ihnen zur Besserung zu verhelfen? — Nun, damit muß man's anfangen, daß man zuerst bei sich selbst auf die eigene Besserung bedacht ist, daß man sich zuerst selbst verleugnet und überall mit gutem Beispiele selbst vorangeht. Bessere sich nur von den Besseren zuerst Jeder selbst noch besser, gleich wird's auch bei Anderen besser stehen! Wer aber immer nur von Liebe spricht, wer zwar auf Straßen und von Dächern Liebe predigt, aber diese selbst nicht thut und übt, der kann freilich den rechten Weg nicht finden.

Wo läuft denn aber der rechte Weg? und wie hat man's denn zu machen, um zwischen den bösen Gräben zu weit nach Rechts und zu weit nach Links glücklich hindurchzukommen, um den rechten Weg zu finden? — Doch, das wäre für heute noch etwas zu lang, Euch zu erzählen, und davon lieber ein Anderesmal mehr. Gehabt Euch für diesmal wohl! und laßt Euch alles Gutgemeinte in einem guten Herzen wohl aufbewahrt und wohl verstanden bleiben.

*) Der Einer war ein Hr. v. Holzschuher in Baiern, der eine gekrönte Preisschrift unter dem Titel hat drucken lassen: „Die materielle Noth der unteren Volksclassen, ihre Ursachen und Abhülfe derselben." Augsbg. b. Rieger im vor. J.

Deutschland.

Berlin, 2. Jan. Im Lager unserer Demokraten scheint das Band, welches dieselben in der Neuzeit umschlang, seit Kurzem etwas lockerer zu werden. Man behauptet, daß innere Streitigkeiten den Vorstand des hiesigen demokratischen Central-Ausschusses veranlassen, sein Amt nur noch bis zu Ende der Wahlen zum Reichstage beizubehalten.

Berlin, 8. Januar. Die Ztg. f. N. will wissen, es habe zwischen Preußen und Oesterreich eine definitive Verständigung in diplomatisch formulirter Weise in Bezug auf die deutsche Angelegenheit stattgefunden. (Lpz. Z.)

Berlin, 9. Januar. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten hat der von ihm empfangenen Absendung Berliner Geistlichen in Betreff der unirten Kirche die beruhigende Versicherung ertheilt, daß er die Union schützen werde, „so weit seine Competenz (Berechtigungsbefugniß) sich erstrecke.“ Nun ist zwar nach der neuesten Sachlage die eigentliche Competenz in allen Fragen des inneren Kirchenwesens an die Abtheilung der inneren kirchlichen Angelegenheiten übergegangen, (unter dem angemeldeten Vorsitz des Herrn v. Uechtritz), welche direct an Se. Majestät den König berichtet und dem geistlichen Minister von ihren Beschlüssen nur Nachricht giebt. Hieraus könnte man aber den Schluß ziehen, daß die Competenz des Ministers sich auf die Unionsfrage, als eine dogmatische, nicht mehr erstrecke, indeß hat derselbe die Union als eine Staatsfrage allerdings aufrecht zu erhalten, denn sie gehört der ganzen Entwickelung des preußischen Staats und Volkes und dem ganzen geistigen Kreise unserer Nation an, und steht insofern nicht allein unter der Competenz des Ministers der geistlichen Angelegenheiten, sondern sie ist dem Schutze und dem sorgfältigen Aufsehen des Gesammtministeriums anvertraut.*) (Berl. Nachr.)

*) Die Red., auf dem Standpunkte der schärferen Auffassung des kirchlichen Protestantismus, d. h. mehr auf der calvinistischen als streng-lutherischen Seite stehend, will bei dieser Gelegenheit nicht verhehlen, daß die Ernennung und Stellung eines reinen Verwaltungsjuristen an die Spitze eines die innersten Ueberzeugungen der einzelnen Kirchenparteien so nahe berührenden Departements, sehr stark befürchten läßt, daß das genannte Departement sehr leicht durch Einmischung unkirchlichen Sinnes sich von einem leitenden zu einem beherrschenden Standpunkt zu erheben geneigt zeigen könne.

Berlin, 10. Januar. Die Pläne für den Ausbau der Parlamentshäuser im Augustinerstifte zu Erfurt sind nun definitiv genehmigt. Das Staatenhaus im Chore der alten Kirche wird geräumig genug werden, um 164 Plätze, das Volkshaus im Schiffe der Kirche, um 341 Plätze zu fassen. Die innere Einrichtung des Volkshauses wird der der hiesigen Kammer entsprechen. Die Arbeiten werden sofort in Angriff genommen und müssen bis zum 15. März vollendet sein.

Berlin, 11. Januar. Die Regsamkeit unter den Abgeordneten in Folge der königlichen Botschaft ist außerordentlich. Nach allen Seiten hin sind Briefe und zum Theil telegraphische Depeschen abgegangen, um die noch Abwesenden auf ihren Platz zu rufen. Heute Morgen fand eine Besprechung verschiedener Parteiführer über die zu ergreifenden Maßregeln statt und heute Abend werden sämmtliche Fractionen Berathungen halten. Die Verfassungs-Commission der zweiten Kammer wird ihre Prüfung morgen beginnen, doch hofft man durch vorherige Besprechung ihre Arbeit wesentlich abzukürzen. Gegen die Herren v. Gerlach und Stahl giebt sich eine unglaubliche Entrüstung unter allen Oppositionsdeputirten kund, da man ihnen ausschließlich diese ganze neue Verwickelung beimißt. Die Haltung, welche diese Männer gestern bei der Vorlesung der königl. Botschaft in der ersten Kammer an den Tag legten, schien allerdings anzudeuten, daß sie sich ihres betheiligten Einflusses recht wohl bewußt waren. — Dem Vernehmen nach soll in der Kaiserstraße hierselbst ein katholisches Kloster erbaut werden. Dasselbe wird von einer hohen Dame patronirt, welcher, wie man sagt, auch die Veranlassung zu jenem Project zuzuschreiben ist. Auch in mehreren anderen protestantischen Theilen der Monarchie soll die Errichtung katholischer Klöster bevorstehen. Es macht dies viel Aufsehen und von sich reden. (Leipz. Z.)

Sachsen. Berlin, 10. Januar. Die Constitutionelle Zeitung brachte gestern die Nachricht, daß Sachsen wirklich gegen das Erfurter Vereinstägelchen in einer der österreichischen ähnlichen Note protestirt habe. Das regt natürlich alle Organe der kleindeutschen Sonderbündelei gewaltig auf und es ergehen sich dieselben in Invectiven gegen den „perfiden Undank der sächsischen Regierung.“ Wir billigen die neue großdeutsche Politik der Dresdener Camarilla ebenso wenig, wie überhaupt irgend eine von den gegenwärtigen Räthen der Krone bisher ausgegangene Handlung, wir waren aber auf diese Wendung der Dinge bereits gefaßt und erwarten nichts anderes, als die Herren in ihr eigenes Verderben stürzen zu sehen. Lebten wir zur Zeit Friedrich des Großen, so hätte Preußen die Souveränetät des Hauses Wettin bereits längst nicht etwa nur in Frage gestellt, sondern geradezu negirt, und wenn man auch einem kleineren Friedrich Wilhelm gerade nicht eine so geniale Energie zuzutrauen Ursache hat, so können doch allerlei Eventualitäten (mögliche Vorkommnisse) die Mediatisirung (Aufhebung der Selbständigkeit) Sachsens nicht als durchaus unmöglich erscheinen lassen.

Düsseldorf, 4. Januar. Großes Aufsehen erregt hier ein umlaufendes Gerücht, daß von Seiten der Polizeibehörde einer ansehnlichen Zahl von Wirthschaften die Concession entzogen werden solle. Es werden unter dieser Zahl viele solcher namhaft gemacht, die häufig zu demokratischen Versammlungen benutzt wurden. (Dies ist neuerdings in vielen Rhein. Städten vorgekommen.)

Bayern. München, 8. Januar. Der Volksbote zählt bis jetzt 235 Adressen gegen die Emancipation der Juden auf, woran sich Mitglieder von 700 verschiedenen Gemeinden betheiligt haben. Die meisten stammen aus Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz, mehrere, obgleich nicht zahlreich, aus Schwaben und Unterfranken; aus Oberfranken haben wir bis jetzt nur eine bemerkt. Die aus Mittelfranken stammen ausschließlich aus dem südlichen, katholischen Theile des Kreises, der früher zur Oberpfalz (Regenkreis) gehörte (Nürnb. Corresp.)

Baiern. Aus Rheinbaiern wird gemeldet, daß das erste Erkenntniß über den bei dem Maiaufstande betheiligten K. bairischen Lieutenant und Grafen Fugger auf Todesstrafe lautet.

Württemberg. Die Karlsr. Ztg. bringt folgende Nachricht. Von Männern liberal-conservativer Gesinnung aus allen Theilen des Landes wird eine gemeinschaftliche Kundgebung zu Gunsten des Anschlusses Württembergs an das engere Bündniß vorbereitet. Unter den Theilnehmern steht oben an Dr. Duvernoy, Departementschef des Innern im vorigen Ministerium, welchem sich auch seine früheren Collegen Paul Pfizer und Goppelt anschließen dürften. Die Kundgebung ist unabhängig von dem vaterländischen Vereine, welcher mit seinen Zweigvereinen längst in dieser Richtung wirkt. In Tübingen wurde eine Erklärung für das engere Bündniß von der großen Mehrzahl der Universitätslehrer unterzeichnet. Unter den zahlreichen Unterschriften ist die des Kanzlers Wächter besonders zu bemerken. Auch Professor F. Vischer, als Reichstags-Mitglied früher entschieden österreichisch gesinnt, hat sich der Erklärung angeschlossen. (Lpz. Ztg.)

Der vormalige Minister Römer erzählt in der „Württembergischen Zeitung“, daß man es ihm noch jetzt zum immer neuen Vorwurf mache, daß er kein vernünftiges Einvernehmen mit der zu Stuttgart tagenden Frankfurter Versammlung gesucht habe, ein solches sei jedoch unmöglich gewesen. „Es wurden“, sagt Hr. R., „ihren Führern (dem sogenannten ausführenden Verwaltungsausschuß) nicht nur von mir, sondern auch von mehren Männern, wie Uhland, und selbst den Sachsen Eisenstuck und Wigard, die dringendsten Vorstellungen gemacht; aber die Unterstützung Badens und der Pfalz (mit Waffengewalt) gegen Preußen war die feste Bedingung, von welcher die Herren Reichsregenten nebst ihren Genossen nicht abgingen, so daß selbst solche Reichstagsabgeordnete, welche später der Anklage auf Hochverrath gegen mich beitraten, mir zu wiederholten Malen erklärten: „Es bleibe der Württembergischen Regierung, wenn sie nicht verloren sein wolle, nichts übrig, als die Versammlung aufzulösen, und für die ohnehin verlorene Versammlung sei ein solches Ende wol auch das wünschenswertheste.“ Von der Unverschämtheit eines Theiles der Tonangeber der Nat.-Vers. will ich nur ein Beispiel anführen. Gleich in der ersten Sitzung des (nach Stuttgart) übergesiedelten Parlaments, riefen Einige von der äußersten linken Seite: „Fickler muß freigegeben werden!“ Ich entgegnete ihnen: „Er wird nicht freigegeben werden; in diese Angelegenheit habt ihr euch nicht zu mischen“ und nun kam Vogt zu mir her und äußerte gegen mich mit gewohnter Unverschämtheit: „Fickler muß frei gelassen werden.“ „Auf wessen Befehl“ fragte ich. „Auf Befehl der Nat.-Vers.“ entgegnete Vogt. Ich antwortete ihm: „Wenn ihr euch brutal in Dinge mischen wollt, die euch nichts angehen, so wird man kurzen Proceß mit euch machen.“ Vogt: „Wer?“ — Ich: „die Württembergische Regierung.“ Vogt: „Das wird die Württembergische Regierung wol bleiben lassen.“ Ich: „Sie wird es nicht bleiben lassen, und gegen euch kann sie Alles wagen.“ — Vogt spielte damals im Rumpfparlament die Hauptrolle und mit diesem Menschen hätte ich mich verständigen sollen? Ganz Europa hätte und zwar mit Recht über uns gelacht, wenn wir solchen Impertinenzen hätten Folge leisten wollen!“

Hannover, 5. Januar. Eine feindliche Kundgebung (Demonstration) gegen Preußen ist die Ernennung des vormaligen Reichsjustizministers Detmold (der sich im Frankfurter Parlament durch seine sarkastischen (beißenden) Bemerkungen bemerklich machte und jederzeit offen als Preußenfeind auftrat) zum

hannöverschen Bevollmächtigten bei der einstweiligen Bundes-Centralcommission.

Der Bürgerverein zu Hildesheim hat beschlossen, bei den Ständen die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Drei-Königsbunde zu befürworten. Eine gleiche Eingabe ist von Stade in Hannover eingegangen.

Mainz, 5. Januar. So eben erscheint eine Bekanntmachung des Festungsgouvernements, wonach alle Tumultuanten sofort von den Militär-Patrouillen verhaftet und nach der Citadelle gebracht werden. Wie weit die Frechheit unserer ehemaligen Freischärler geht, mögen Sie daraus entnehmen, daß dieselben in einer der jüngsten Nächte förmlich auf dem Markte aufmarschirten, wobei sie von ihren Führern verlesen, mit einem lauten „Hier!" antworteten, und nachdem sie ihrem Hauptmanne ein „Hoch" gebracht, lärmend auseinandergingen. (Und das geschieht in der Bundesfestung Mainz, in welcher sich eine Garnison von 10,000 Mann zuverlässiger Truppen befindet.) — Die näheren Einzelheiten über die Heldenthaten der Mainzer Bürger-Freischärler, die als echte Knappennachkommen der alten Mainzer Rittergeschlechter seit den Jahren 1848—50 das alte Faust- oder Keilrecht des Mittelalters wieder zu Ehren zu bringen sich aufrichtig bemüht haben, berichtet die Köln. Ztg. vom 5. Januar interessant genug des Weiteren nach dem Mainzer Journal. Dies sagt unter anderem: „Seit diese Soldateska der Demokratie, die durch die Gnade des Großherzogs ihrer Heimath zurückgegebenen Freiheitshelden, die auf ihrer Flucht in Baden Schuh und Strümpfe verloren hatten, wieder in unsern Mauern weilt, ist sozusagen der Teufel los. Unser hessisches Militär ist es ganz besonders, welchem sie unversöhnliche Rache geschworen. Wo sich nur ein hessischer Soldat blicken läßt, wird er von einer Rotte Wüthender verfolgt, welche ihm die Worte: „Hackeln, Zwiebelsoldat, Bluthund, Landesverräther" zurufen, und in der letzten Hälfte des December sind nicht weniger als vierzehn Fälle vorgekommen (also täglich etwa einer), daß hessische Soldaten auf offener Straße angefallen wurden. In der Neujahrsnacht ward das Heckerlied und „Fürsten zum Land hinaus" gebrüllt. Am selben Abend ward ein preußischer Soldat in der Nähe des Commandanturgebäudes von drei Kerlen um Feuer gebeten und als der Soldat gutmüthig seine Cigarre hinhielt, von diesen Elenden sofort zu Boden geschlagen u. s. w.

Baden. Karlsruhe, 8. Januar. In den meisten Orten des Oberlandes herrscht im Augenblick eine sehr rege Thätigkeit wegen der Wahlmännerwahlen. Dieselben sind, soweit bis jetzt bekannt, größtentheils ministeriell ausgefallen. — Sicherem Vernehmen nach wird demnächst auch die Auslieferung der noch in Rastatt gefangenen Schweizer stattfinden.

Rastatt, 4. Januar. Vor einigen Tagen sind einige Gefangene, worunter ein zu 20 Jahren Zuchthaus vom Kriegsgericht verurtheilter Soldat, von der Arbeit, zu der sie verwendet waren, entkommen. Der Fall machte dadurch nicht unverdientes Aufsehen, weil der sie bewachende preußische Füsilier mit ihnen durchging. Vier andere wurden heute früh bei einem Befreiungsversuche im Spitale der Bastion XXX. entdeckt, als sie eben eine verschlossene Schießscharte eines der unteren Räume öffnen wollten.

Aus Thüringen. Weimar, 8. Januar. Am gestrigen Tage ist unser Staatsminister v. Watzdorf vom Landtage zum Abgeordneten in das Staatenhaus nach Erfurt gewählt worden; 24 Stimmen waren für ihn, und 12 Stimmen enthielten sich überhaupt der Abstimmung, weil sie vom ganzen Reichstage nichts wissen wollten. Für das Volkshaus wird im Wahlkreise Weimar jedenfalls der Geh. Staatsrath v. Wydenbrugk gewählt, dagegen ist die Wahl, welche die Staatsregierung für das Staatenhaus zu treffen gedenkt, noch nicht bekannt, obschon der frühere Kammerpräsident Thon dazu ausersehen sein mag, welcher im März 1848 aus dem activen Staatsdienste schied, weil das Volk das Amt mit dem Manne verwechselte, während man jetzt nur zu gut erkannt hat, daß ohne die strenge Ordnung in dem Kammerhaushalte die Jahre 1849 und 1848 kaum zu überstehen gewesen wären. (Lpz. Ztg.)

Altenburg, 2. Januar. Im Gegensatz zu dem von Preußen besetzten Rudolstadt erwarten wir hier, daß die Besatzung Altenburgs durch Reichstruppen morgen ihr Ende erreichen werde, indem an diesem Tage die Preußen das Land verlassen sollen.

Schleswig-Holstein. Flensburg, 7. Januar. Folgende Personen: Nane Jürgensen, Dr. Lübke, Arzt, Dr. Diedrichsen, Dr. Mommsen von der lateinischen Schule, und C. F. Doell, haben von der Landesverwaltung den Befehl erhalten, binnen 24 Stunden aus Stadt und Landgebiet sich zu entfernen. Eine längere Liste Ausgewiesener soll folgen. Nach dem „Flensburger Corresp." ist in Folge der gegen Schrader eingereichten, von 156 Flensburgern unterzeichneten Adresse eine Untersuchung eingeleitet worden. — Der „Flensb. Corresp." enthält heute eine Bekanntmachung, welche die Ausserkraftsetzung des Circulärs des vormaligen Departements der auswärtigen Angelegenheiten auf Gottorf vom 27. April 1849, wegen Beschlagnahme des Eigenthums der dänischen Krone im Herzogthume Schleswig anordnet. — Die ernste Sprache, die Flensburg geführt, steht an einem gewaltigen Scheidepunkte, wo eine That der Verzweiflung hervorbrechen dürfte. Unter diesen Verhältnissen, bei dem Ablauf des dänisch-preußischen Waffenstillstandes, wird, wie man vernimmt, ganz Schleswig sich wiederum aufmachen, um dringend die Abhülfe dieser Zustände zu fordern.

Kiel, 8. Januar. Gestern traf hier eine Deputation aus Stadt und Amt Husum ein, um die Statthalterschaft aufs dringendste zu ersuchen, dem gewaltsamen Verfahren der gemischten Verwaltungsbehörde in Flensburg aufs baldigste ein Ende zu machen. Nur durch Wiederbesetzung des Herzogthums Schleswig werde dies möglich sein. Zugleich erklärten die Abgeordneten, wie man vernimmt, daß das ungetrennte Schleswig-Holstein sich auf keine Weise von dem deutschen Vaterlande, in welcher Weise es auch sei, werde abtrennen lassen. Die Deputation soll die hohe Statthalterschaft aufgefordert haben, in dieser Hinsicht von der Ansicht des Landes bei den Friedens-Verhandlungen nicht abzulassen. Man sagt, daß die Statthalterschaft die beruhigendsten Zusicherungen in der Hinsicht ertheilt haben soll, daß unsere Verhältnisse nach aussenhin günstiger Art wären. Heute trafen aus den Städten und dem Amte Apenrade und Hadersleben Deputationen ein, welche auf Einmarsch der Schleswig-Holsteiner in Schleswig drangen, damit die Dänen von Alsen her das Land nicht in Besitz nähmen. Auch sie schilderten die beklagenswerthen Verhältnisse, unter denen durch die Gewaltherrschaft Nordschleswig seufze. (Lpz. Ztg.)

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Ungarn. Wien, den 4. Jan. Der Magistrat zu Pesth hat auf den Antrag des Bürgermeister Koller beschlossen, den k. k. Heerführern Haynau, Jelachich und dem Fürsten Windischgrätz, sowie dem russ. F.-M. Paschkewitsch das Ehrenbürgerrecht der Stadt Pesth anzubieten. — Baron Haynau hat am 1. Jan. nicht blos den vielfältigen willkürlich verhängten Sequestrationen (Beschlagnahmen) ein Maß und Ziel gesetzt, sondern sogar auch die bisher widerrechtlichen mit Beschlag Belegten aufgefordert, ihre Beschwerden dienstlich vorzubringen.

Frankreich.

Paris, 7. Januar. Allgemeines Aufsehen erregt eine halbamtliche Mittheilung, welche in den ministeriellen Abendblättern und sogar in zwei legitimistischen erschienen ist, welchen letzteren sie vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugesandt worden. Man liest darin: „Aus Veranlassung der schwachen Majorität, welche die letzten Vorlagen der Regierung erhalten haben, rathen gewisse Journale, über deren Absichten es gestattet ist, Zweifel zu erheben, dem Ministerium, sich zurückzuziehen. Sie behaupten unter Berufung auf gewisse Gewohnheiten der Vergangenheit, daß nach dergleichen Niederlagen Minister, die sich selbst achten, nicht mehr an der Spitze der Geschäfte bleiben können. Diese Journale wissen nicht, oder thun so, als ob sie nicht wüßten, welches jetzt die Stellung des verantwortlichen Oberhauptes der vollziehenden Gewalt ist. NB. „Unter der neuen Ordnung der Dinge erleiden die Minister keine Niederlage, so lange sie das Vertrauen des Präsidenten besitzen. Wir benachrichtigen ein für allemal die eigensinnigen Vertheidiger des alten constitutionellen Schlendrians (so!), daß das Staatsoberhaupt sein Ministerium allen neidischen Angriffen zum Trotz behalten, und daß die beklagenswerthe Instabilität (unaufhörliche Veränderung und Wechsel) der Minister nicht mehr nach der Laune des parlamentarischen Ehrgeizes vorkommen wird. — (Der Minister des Ausw. hat sich zwar später entschuldigt, die Note sei den Blättern nur aus Versehen zugesandt — das ändert aber in der Hauptsache blutwenig.)

Paris. Die politische Verbindung zwischen einem Theile der Legitimisten und der Linken bestätigt sich. Herr von Montalembert ist noch unentschieden, ob er dem Bündniß beitreten soll. Von seinem Entschlusse wird es abhängen, auf welcher Seite die Majorität sich finden wird. Der Berg und die oppositionellen Legitimisten überhäufen daher auch den Ex-Pair mit Schmeicheleien, um ihn zu gewinnen. Der wahre Hintergrund dieser Spiegelfechtereien ergiebt sich aus folgender Erzählung. „Wie, sagte man gestern zu einem republikanischen General, „Sie fuchen die Allianz der Legitimisten? Die Republik dankt also ab und will der Legitimität dienen?" — „Ihr dienen?" erwiederte der

General, „niemals. Uns ihrer zur rechten Zeit bedienen, das wollen wir." — Das Wort ist frei, und schildert die Situation.

Großbritannien.

London, 4. Januar. Zum Theil hat der Erfolg bereits erwiesen, daß die Majorität unseres Parlaments sich nicht geirrt hat, wenn sie darauf rechnete, daß die neue Navigations-Acte in anderen Ländern ähnliche Veränderungen in der Schifffahrts-Gesetzgebung hervorrufen werde. Dem Princip scheint sich außer anderen vorgegangenen Ländern (insonderheit die nordamerik. Freistaaten) nun auch Sardinien anschließen zu wollen, wo die betreffende Kgl. Vorlage der neuen Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden soll. (Köln. Z.)

Italien.

Turin, 3. Jan. Der Finanzmin. hat in der Abgeordnetenkammer das Budget für 1849 und 1850 vorgelegt. Ersteres hat einen Ausfall von 56 Mill. Lire (à 8 sgr.), Letzteres von 24 Mill. In der Abgeordnetenkammer sitzen 55 Beamte, während das Gesetz nur 51 zuläßt, 4 werden demnach durch's Loos ausscheiden.

Neapel, 24. Decbr. Die Erbitterung, wenn auch nicht gegen die Kirche selbst, aber über die politischen Mißbräuche derselben, ist in ganz Italien allgemeiner, als man gewöhnlich glaubt. — Die Gefängnisse sind noch mit Hunderten von Gefangenen überfüllt; doch heißt es, daß der König am 14. nächsten Monats eine Amnestie gewähren wolle. (Die Nachricht von dem Aufstande zu Palermo (s. vor. Nr.) hat sich bis jetzt nicht bestätigt.)

Schweiz.

Schweiz. In Luzern ersteht nach und nach Siegwart's Regierung unter anderer Form. Preßprocesse über Preßprocesse! — In Schwyz erlag Landammann Haldener, eine der Stützen des Sonderbundes, dessen Sturz ihn dem Grabe überlieferte, durch Gram. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, 1. Januar. Es gilt für ausgemacht, daß die spanischen Kammern nach der Abstimmung über das Budget unverzüglich aufgelöst werden sollen. — Die carlistischen Umtriebe erregen von neuem die öffentliche Aufmerksamkeit. Man erwartet zum Frühjahr eine neue Insurrection. Der Einfall der Carlisten in Spanien soll jedoch diesmal nicht allein von Frankreich her stattfinden, sondern man bereitet ebenfalls von England her zwei Expeditionen vor, wovon die eine, an deren Spitze der Bruder des Grafen Montemolin stehen wird, in Galizien landen soll. Der Graf Montemolin hat ein Rundschreiben an alle seine Anhänger erlassen, um sie aufzufordern, sich beim ersten Zeichen bereit zu halten. — (Die Nachricht über die neuen Civilgouvernöre (in vor. Nr. unter Frankreich) bezieht sich auf Spanien!)

Nach Nachrichten aus Portugal hat die Königin die Cortes am 2. Jan. in Lissabon eröffnet. (Nat.-Z.)

Allerhand.

Petersburg, 24. Decbr. Die Auswanderungen aus Deutschland nach Rußland sind in diesem Jahre ganz besonders zahlreich gewesen. Dieselben nahmen zwar in den letzten zehn Jahren mit jedem Jahre bedeutend zu, aber in dem letzten überstieg die Summe die frühere um das Vier- und Fünffache. Der Deutsche in Rußland wird schneller zum Russen, als sein Bruder in Amerika zum Amerikaner. Dem Franzosen ergeht es in Rußland ganz ebenso. Der Russe geht lieber zu dem reinlichen deutschen Bäcker, er hält den deutschen Schneider für den Geschicktesten und läßt seine Kinder durch deutsche Sprach- und Musiklehrer bilden. (K. Z.)

In die pariser Sparkasse sind im vorigen Jahre über 15½ Millionen Francs (à 8 sgr.) eingelegt und noch nicht 3 Mill. zurückgezogen worden. Während des ersten Viertel-Jahres von 1849 wurden nur halb so viel eingelegt, als im zweiten Quartale. Am Jahresschlusse 1849 schuldete die Sparkasse an 172,682 Einlegern die Summe von 23,093,608 Frcs. — Am letzten 30. und 31. December wurden von 1881 Einzahlern (darunter 249 neue) 286,704 Frcs., und in der laufenden letzten Woche d. J. 1849 an 529 Einleger (darunter 153 vollständig Ausgezahlte) 92,630 Frcs. 80 Cts., zurückgestellt. (J. d. Deb.)

Am Morgen des Neuen Jahres ist in Folge einer Pariser Privatunterzeichnung (darunter auch zahlreiche Ober- und Unterofficiere) dem General Changarnier, General en Chef der Pariser Nationalgarde, dem bekannten Widerpart des General Lamoricière, um nicht mehr zu sagen, ein kostbarer Ehrendegen überreicht worden, dessen nähere Beschreibung, sowie der ganzen Feierlichkeit, eine ganze Spalte der Debats ausfüllt. Die Klinge ist damascirt mit der Inschrift in Gold: „Die Vertheidiger der Ordnung dem General Changarnier", auf der Kehrseite: „16. April 1848, 20. Jan. und 13. Juni 1849". Die Scheide von Chagrintaffet, nach Art der Morgenländer mit Goldfäden genäht, läuft in eine massiv goldene Spitze aus, welche einen einzeln stehenden Laocoon darstellt. Der Griff stellt allegorisch die Ordnung dar, wie sie die Hyder der Anarchie zu Boden wirft. Dieser Griff ist nicht gegossen, sondern man hat dabei ein neues Verfahren angewandt, wodurch es möglich geworden, denselben bei aller Proportion überaus colossal zu formen, ohne daß er doch die leichte Handhabung des Schwertes schwierig oder gar unmöglich machte. Dies neue Verfahren (le repoussé) hat zugleich die Anwendung des farbigen Goldes ermöglicht, da es von Anfang im Plane lag, dem Ehrendegen vorzugsweise das Gepräge der Kunsterfahrung aufzudrücken. Das Ganze ist aber auch ein Meisterstück der Pariser Goldschmiedekunst und das erste Stück in seiner neuen Art. Noch ist außerdem der Griff mit zwei Brillanten geschmückt, von denen der eine vom Präsidenten der Republik herrührt. Am Knopfe des Koppel-Ringes finden sich die französischen Farben (die sog. Tricolore) durch drei Edelsteine, einen Rubin, einen Brillant und einen Sapphir dargestellt.

Zu gleicher Zeit ist vom General Changarnier eine vortreffliche Lithographie aus der Anstalt des Herrn Noël erschienen. (J. d. Deb.)

(Etwas für und aus dem Leben.) Wenn Mann und Weib freundlich mit einander leben und thun sich nur Liebes und Gutes, so sollte man glauben, das wäre ganz in der Ordnung und könnte gar nicht anders sein. Der Mann kommt ja dabei schon mit dem bloßen Eigennutz und der puren Klugheit aus, sintemal er doch den meisten Profit für sich selber zieht, wenn er seinem Weibe freundlich begegnet. Diese liebreiche Begegnung nämlich ist wie ein Echo: einmal hin, aber drei, viermal her, und ist wie die allergrößte Wucherei, da das Herz das empfangene Liebescapital mit mehr als hundert Zinsen zurückgibt. Es ist als könnte es das Herz nicht gut leiden, wenn ihm Liebes geschieht, und müßte es hundertfältig wiedergeben. — Man sollte also glauben, das wäre ganz in der Ordnung und wäre nichts Anderes als die alte bekannte Zöllnerliebe, von welcher ein ehemaliger Zöllner, Matthäus mit Namen, Bericht gibt, wie sich Einer, als Er auf dem Berge stand und seinen Mund aufthat und lehrte, darüber ausgesprochen hat. — Aber doch ist's mit dieser Ordnung zuweilen nicht ganz richtig, und sind mir selber Fälle vorgekommen, wo ich über Zwei, die förmlich darauf studirten, wie sie sich einander den größten Tort anthun und grausamliches Heulen und Zähnklappen bereiten möchten, den Ausspruch that: sie möchten sich stocksteinfremde Leute sein, der Eine etwa ein Neuseeländer Menschenfresser und die Andere eine unmanierliche Hottentottin und könnten sich schon um der Farbe ihres Leibes willen einander nicht ansehen; aber wenn ich mich dann näher erkundigte und erfuhr, daß der Neuseeländer und die Hottentottin vor einiger Zeit in einem großen Hause, das man Gotteshaus nennt, sich gegenseitig zugeschworen hatten, sie wollten sich gegenseitig Eines das Andere lieben bis in den Tod, — da dachte ich freilich, es mag von der allgemeinen Regel doch recht viele und recht häßliche Ausnahmen geben, und dachte auch wol, wie doch die Abschaffung der Tortur von Seiten der Landesobrigkeit im Ganzen so wenig genutzt, sintemal die peinliche Befragungsweise innerhalb des sogenannten Familienlebens noch ihre warmen Anhänger und Vertheidiger und Executirer (Vollstrecker) findet. — Um so erquicklicher ist's also anzusehen, wenn irgendwo Mann und Weib gefunden werden, die diese peinliche und beinliche Befragung unter einander nicht eingeführt haben, absonderlich unter dem armen geringen Volke. Denn wenn's die Vornehmen thun, so geschieht's doch noch etwas manierlicher und feiner, und so, daß die beiden Eheleute ganz im Stillen und mit gar freundlichem Angesicht sich einander torturiren und auf noble Manier schikaniren; aber das niedere arme Volk hat die Cultur und Politur noch nicht so weit gebracht und macht oft viel Geschrei und wenig Wolle, und thut's oft mit der Hand, was die Vornehmen ebenso wirksam und oft noch Herz angreifender nur mit der Zunge thun. (Aus Wildenhahn's Dorfgesch.)

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 7.

Görlitz, Dinstag den 15. Januar 1850.

Deutsches Demokraten-Lied.

Deutsche Sonne, deutsche Sonne,
Ist dein lichter Tag geflohen?
Konntest nicht durch Wolken dringen,
Die mit nächt'gem Dunkel drohen?

Schwarz die Nacht, die Nacht der Knechtschaft;
Hell die Schmach und hell die Schande!
O du freier Gott da droben,
Gnade diesem Trauerlande!

Schmach ist unser Brod geworden,
Und das Elend unsre Speise,
Fluchen unser Morgenbeten,
Knirschen unsre Sangesweise.

Hörtest du die falschen Eide,
Sahst du, wie man uns geschändet?
Gott der Rache, flamme, flamme,
Bis der Hölle Herrschaft endet!

Bis die Ketten sind gebrochen,
Bis die Zwinger sind geborsten,
Dorthin schleudre deine Blitze,
Wo der Knechtschaft Drachen horsten!

Gott der Freiheit, Gott der Gnade,
Gib das Schwert uns in die Hände;
Gib das Schwert zum letzten Kampfe,
Daß die Faust das Elend wende!

(Rh. Echo.)

Der arme Teufel Ohne-Sorgen.

(Nach Ronsard.)

Stets ohne Haus und Tisch und Bette,
So lebte er stets um die Wette
Mit jedem armen Bettelmann,
Und darum trat der Tod ihn an.
Ach! wie ist er nun ganz geborgen!
Wie ist er frei von allen Sorgen!
Er ißt und trinkt nicht mehr, und hat ein warmes Haus;
So brachte ihn der Tod aus aller Noth heraus!

Ueber Feuerversicherung.

Die Klage über die sich fortwährend mehrende Schwierigkeit, bewegliches und unbewegliches Eigenthum gegen Feuersgefahr versichern zu können, nehmen täglich zu, und zwar nicht mit Unrecht.

Ohne die Mängel, an denen die Provinzial-Versicherungs-Anstalten leiden, hier näher untersuchen und bezeichnen zu wollen, liefern die enormen Beiträge den besten Beweis für deren mangelhafte Einrichtung, ja, es würde wohl nicht sehr gewagt sein, zu behaupten, daß eben die unverhältnißmäßige Höhe derselben öftere Brandschäden herbeiführe. — Dazu kommt, daß die Privat-Versicherungs-Gesellschaften äußerst vorsichtig zu Werke gehen, und Gebäude nebst Inhalt unter weiter Bedachung entweder gar nicht annehmen oder dafür übertrieben hohe Prämien fordern, so wie, daß ungeachtet den Hypotheken-Gläubigern durch die genannten Gesellschaften einige wesentliche Begünstigungen eingeräumt worden sind, eine vollständige Sicherstellung der Hypotheken um deswillen nicht zu erreichen gewesen ist, weil die erforderliche Garantie bei unterlassener Prämienzahlung oder freiwilliger Aufgabe der Versicherung erlischt — ein Umstand, der viele Gläubiger zu der Bedingung veranlaßt, die ihnen verhafteten Gebäude bei der Provinzial-Anstalt zu versichern, wo allerdings in dieser Hinsicht die nöthige Sicherstellung vollständiger zu erreichen ist.

Die Schwierigkeiten der Versicherung, namentlich für ländliche minder massive Gebäude, welche bei Privat-Gesellschaften keine Annahme finden, und bei der Provinzial-Anstalt äußerst hohe Beiträge zahlen müssen, haben nun in vielen Gegenden die Betheiligten zu dem Versuch verleitet, kleinere und größere gegenseitige Verbände zu begründen, in der Meinung, dadurch billiger abzukommen. Allein, abgesehen davon, daß das Versicherungs-Geschäft nicht so leicht ist, Mißgriffe, welche aus Unkenntniß entspringen, sich hart bestrafen, und eine vielseitige Erfahrung, genaue Aufmerksamkeit und stete Ueberwachung des Geschäfts mit der möglichsten Sachkenntniß dazu gehört, so steht unter allen Umständen der erprobte Grundsatz fest, daß nur durch einen sehr großen ausgedehnten Geschäftskreis, durch eine sehr große Anzahl von Contribuenten die Beiträge für den Einzelnen auf einen mäßigen Satz beschränkt werden können. — Man denke sich beispielsweise einen Verband von einigen Dörfern, und berechne, wie viel ein jeder Versicherter beizusteuern hätte, wenn ein Gehöfte im Werth von einigen Tausend Thalern ein Raub der Flammen würde? Man berechne ferner, wie hoch sich der Beitrag für einen Hausbesitzer von Görlitz belaufen müßte, wenn, wie schon mehrfach der Wunsch angeregt worden, für die Stadt Görlitz eine eigene Versicherungs-Anstalt ins Leben treten und alljährlich einige kleinere und größere Gebäude abbrennen sollten! Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß eine zwangsweise Verpflichtung, sich einem solchen Verbande anzuschließen, gesetzlich schwerlich begründet werden kann, und so lange, als massive Gebäude von den Privat-Gesellschaften zu verhältnißmäßig billigen Prämien angenommen werden, ein allgemeiner Anschluß gar nicht zu erwarten steht.

Wie wäre aber nun Abhülfe zu gewähren? — Auf einem sehr wohl ausführbarem Wege. — Der Staat, welcher bereitwillig in- und ausländischen Versicherungs-Gesellschaften Concessionen zum Geschäftsbetrieb ertheilt hat, knüpft an die Ernennung dieser Concessionen bei deren Ablauf oder bei Ertheilung neuer Concessionen die Bedingung, daß diese Gesellschaften verpflichtet sind, alle Risico's, gleich viel in den Städten oder auf dem Lande annehmen zu müssen, mit der Freiheit, nach Maßgabe der Anzahl der concurrirenden Gesellschaften, eine gleiche Anzahl Gebäude in derselben Reihe überspringen zu dürfen, dergestalt daß, wenn z. B. 12 Gesellschaften concessionirt sind, eine jede derselben allemal das 12. Haus, in 10 Gesellschaften das jedesmalige 10. Haus in Versicherung nehmen muß, auf welche Weise die Gefahr unter die verschiedenen Gesellschaften gleichmäßig vertheilt würde. Es könnte ferner zu mehrerer Sicherung der Gesellschaften ihnen gestattet sein, nur bis zu einer gewissen Höhe des richtigen Taxwerthes, vielleicht bis zu $\frac{2}{3}$ desselben zu versichern, dagegen müßten aber auch Maxima der zu fordernden Prämien, nach den verschiedenen Classen festgesetzt werden, um die Gesellschaften zu verhindern, unangemessen hohe, einer Abweichung gleichende Prämien zu fordern. —

Ob die vorstehend ausgesprochene Ansicht Beifall finden werde, muß zwar dahin gestellt bleiben, indessen dürfte sie doch wohl Mehreres für sich haben, und wäre es sehr zu wünschen, daß sie weiter verfolgt und wenn möglich, Nöthiges behufs ihrer baldigen Verwirklichung eingeleitet würde. Bei den jetzt herrschenden Theorien, wonach Berechtigungen, welche mit baarem Gelde und schweren Opfern einst erworben wurden, gegen eine geringe, noch lieber aber ohne alle Entschädigung, aufgehoben werden, dürfte es wohl keinem Bedenken unterliegen, den concessionirten Privat-Gesellschaften, schon alsbald jene Verpflichtung aufzuerlegen, was auch um so füglicher geschehen kann, da dieselben weder im Besitze von Exclusiv-Berechtigungen sind, noch irgend ein Opfer dafür gebracht haben, wohl aber mit wenig Ausnahmen alljährlich recht angenehme Dividenden in Folge sachverständiger Leitung ihrer Angelegenheiten zur Vertheilung bestimmen konnten. D.

Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentl. Sitzung vom 11. Jan. 1850.

Ausnahmsweise befanden sich auf der heutigen Registrande keine Bürgerrechts-Gesuche. Es wurden zunächst die Annahme-Erklärungen der beiden neuen Stadträthe Starke und Mitscher vorgelegt, und nächstdem der Beschluß des Magistrats mitgetheilt, dem zeitherigen Stadtrath Herrn Thorer in Gemäßheit des §. 156. der Städte-Ordnung den Titel: „Stadt-Aeltester“ zu ertheilen, welchem Versammlung beitrat. Sodann kam ein Schreiben des für die 2. Kammer gewählten Herrn Kämmerer Richtsteig zum Vortrag, worin derselbe anzeigt, daß Seitens der übrigen Magistrats-Mitglieder für seine Vertretung auf einige Zeit gesorgt werde, jedoch für die Dauer dies nicht wohl ausführbar sei und er daher nach Beendigung der Verfassungs-Revision und nach Feststellung der Gemeinde-Ordnung wohl genöthigt sein werde, sein Mandat wieder abzugeben.

Der Antrag an den Fiscus, einen Theil der Zwingermauer abzutreten, wodurch demselben die Unterhaltung zur Last fällt, wurde genehmigt. Dem Hauptlehrer Bürger für Mehraufwand an Heizmaterial in der Schule 10 rthlr.; dem Lehrer Müller zu gleichem Zweck 9 rthlr. 18 sgr. bewilligt; die der Frau Diakonus Heinrich zur Unterstützung für die Erziehung ihrer Kinder zeither gewährten 50 rthlr. jährlich noch auf ein Jahr belassen; den Wärtern und dem Hausdiener im Krankenhause einem Jeden eine Gratification von 2 rthlr. 15 sgr. zuerkannt, und eingewilligt, dem Executor Hentschel seinen Gehalt in Zukunft vierteljährig pränumerando zu zahlen.

Ferner wurde mehreren Forstrechts-Ablösungs-Recessen beigetreten; die Dienstrechnungen pro 1848 als justificirt angenommen; dem Magistrat darin beigestimmt, die für den Gehalt eines neuen Canzelisten bestimmten 250 rthlr., so lange dieser Posten unbesetzt, so weit nöthig, für Lohnschreiber zu verwenden; und der Abschluß mit Herrn Engel, in Betreff des Galoschen- und Holzsohlen-Lagers, genehmigt, wonach derselbe die Bestände mit einem Rabatt von 10% für eigene Rechnung übernimmt.

Da die Abwesenheit des Herrn Major v. Baczko muthmaßlich noch längere Zeit dauern dürfte, so wurde beschlossen, den Stellvertreter Herrn Döring als wirklichen Stadtverordneten einzuberufen.

An Stelle des Herrn Weider wurde Herr Luckner als Mitglied der Oekonomie-Deputation neu erwählt, beim Aichamt Herr Wust, bei der Kirchen-Deputation Herr Thieme als Deputirter abermals, und bei der Friedrich-Wilhelms-Stiftung die Herren Weider und Lissel wiederum, Herr Mattheus aber neu erwählt.

Der vorgelegte Entwurf einer neuen Feuer-Ordnung gab Veranlassung zu einer längeren Debatte. Derselbe wurde ausführlich vom anwesenden Polizeirath Herrn Köhler vorgetragen und bemerkt, daß solcher mit einigen Abänderungen sich hauptsächlich auf die Feuer-Ordnung von 1786 stütze, auch nur interimistisch sein könne, weil mit Einführung der bevorstehenden Gemeinde-Ordnung die Verhältnisse sich wesentlich ändern könnten; gleichzeitig wurde die Anschaffung von zwei neuen Spritzen und anderen Lösch-Requisiten beantragt. — Nachdem über die Zustände unserer Löschanstalten verschiedene Meinungen ausgesprochen und gegen den Entwurf eingewendet worden, daß derselbe theils die früher in mehreren Deputations-Verhandlungen aufgestellten Ansichten unberücksichtigt gelassen habe, theils sich nur auf das eigentliche Löschen beziehe, während zu einer vollständigen Feuer-Ordnung auch Bestimmungen über die Sicherheits-Maßregeln und Rettungs-Anstalten gehören, wurde endlich der genannte Entwurf, vorbehaltlich späterer definitiver Feststellung, interimistisch genehmigt, voraussetzend, daß die, mündlichen Mittheilungen zufolge zu erwartende Hülfe der Garnison, behufs Absperrung des Brandplatzes und Sicherung des Rettungsorts, bei einem Brande auch wirklich erfolgen werde, und die Anschaffung eines neuen Zubringers, wie auch mehrerer neuer Wasserwagen bewilligt, worüber jedoch erst Anschläge eingereicht werden sollen, da die jetzt vorhandenen Wasserwagen namentlich sich als ganz unzweckmäßig erwiesen haben.

Der Bericht der zur Prüfung der vom Revisor Wäge angefertigten Vermessungen und Nivellements der Stadt ernannten Deputation sprach sich zufriedenstellend und anerkennend über das Geleistete aus. Hieran knüpfte sich der Antrag, nähere Vorschläge über eine zum allgemeinen Gebrauch zu lithographirende Karte der Stadt mit ihren nächsten Umgebungen, in möglichst großem, wenigstens die einzelnen Gebäude erkennen lassenden Maaßstabe zu erhalten, und wurde gleichzeitig beschlossen, dem Publikum zu gestatten, zur Kosten-Ersparniß die ihnen wünschenswerthe Aufnahme ihrer Grundstücke durch Abzeichnung von denen im Archiv aufbewahrten größeren Karten durch Sachverständige sich zu verschaffen, zu diesem Zweck auch die Vermessungs-Register einsehen zu dürfen.

Den Gegenstand einer sehr langen Discussion bildete eine bekannt gewordene Verfügung des Magistrats, wonach mehreren Schullehrern eine höhere Gehaltsstellung bewilligt worden ist. Der anwesende Magistrats-Kommissarius erläuterte dies dahin, daß, da an Stelle des ausgeschiedenen Lehrer Schmidt, welcher einen Gehalt von 275 rthlr. bezogen, ein neuer Lehrer mit dem niedrigsten Gehalt von 180 rthlr. angestellt worden, die hierdurch gegen den Etat ersparten 95 rthlr. principiengemäß zur bessern Gehaltsstellung von vier aufrückenden andern Lehrern hätten bestimmt werden müssen. Hiergegen wurden mehrere Bedenken geäußert, besonders aber auf die in ähnlichen Fällen sonst wohl übliche, diesmal jedoch nicht erfolgte Mittheilung des Magistrats an die Versammlung Bezug genommen, und endlich durch Majorität beschlossen, den Magistrat zu veranlassen, nachträglich die Zustimmung der Versammlung zu dieser Verfügung einzuholen. Es konnte bei diesem Gegenstand der Ansicht des Magistrats, daß der für Schulzwecke festgesetzte Etat niemals einer Reduction fähig sei, nicht beigestimmt werden.

Schließlich wurde noch der Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zu würdigerer Feier des Gottesdienstes den das Chor betretenden Schülern ein geräuschloseres Erscheinen empfohlen werde, und während des Kirchengebets das störende Aufriegeln der Thüren unterbleiben möge, sowie daß, um dem zu großen Andrang vor den Collecten-Becken beim Herausgehen vorzubeugen, diese Becken auch bereits beim Hineingehen in die Kirche die erwünschte Gelegenheit, ein Scherflein einzulegen, darbieten sollen.

---

[71] **Inserat.**

Die Unterzeichneten haben sich vereiniget, für die Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Volkshause nach folgenden Grundsätzen zu wirken:

Wir erklären uns für die Annahme der Verfassung vom 26/28. Mai ihrem ganzen Inhalte nach, mit dem Vorbehalt der nachfolgenden Revision, jedoch ohne daß durch dieselbe die Rechtsgiltigkeit der Verfassung in Frage gestellt wird. Zugleich wollen wir, daß die deutsche Verfassung mit der preußischen in möglichste Uebereinstimmung gebracht und die dem Preußischen Volke gewährleisteten Freiheiten und Rechte nicht geschmälert werden.

Alle Gleichgesinnten werden zum Anschluß aufgefordert.

Görlitz, den 9. Januar 1849.

Haupt. Köhler. Sattig. Hecker. Kollmann. Kaumann. Pape. Uttech. Dienel. Berger. Hergesell. Lüders sen. Guischard. Schaller. Keller. F. Schmitt. Augustin. Luckner. Gunichera. Heyne. Schulz. Scholz. Neumann. Glokke. Wirth. Donat. Siegel. Lissel. Fischer. Trillmich. Berger. C. Mücke. Herbig. Noß. Ohnesorge. Starke. Teusler. Fiebiger. Herrmann. Gock. Ludwig. Kadersch. v. Niwotzky.

Bekanntmachungen.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.